

# Mehr als nur Brokkoli

Wie Konzerne sich natürliche Ressourcen zu eigen machen · Biopiraten im Visier des Patentamts und der Vereinten Nationen

VON STEFAN TILLMANN, BERLIN

**B**rokkoli mobilisierte gestern 200 Leute. Bauern und Umweltschützer zogen vor das Europäische Patentamt in München. Denn dort wird entschieden, ob der englische Konzern Plant Bioscience sein Patent auf das Gemüse behalten darf, das er seit 2002 hält. Damals entwickelten Forscher ein Verfahren, mit dem sie eine bestimmte Brokkolisorte züchten konnten, die einen besonders krebshemmenden Stoff enthielt. Zwei Unternehmen klagten dagegen und argumentieren, die Pflanze sei natürlich und keine Erfindung. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) plädierte gestern für ein beschränktes Patent.

Der Fall gilt für die Lebensmittelindustrie als Präzedenzfall. Es geht um die Patentierung von natürlichen Ressourcen. Es ist dieselbe Frage, die auch die Vereinten Nationen beschäftigt, und das seit 1992. Seitdem beraten sie über die sogenannte Biopiraterie, bei der Pharma- und Kosmetikkonzerne sich natürliche Ressourcen zu eigen machen, die Naturvölker bereits seit Jahrhunderten nutzen.

In diesem Herbst wollen die 194 Vertragsstaaten endlich klären, ob und wie Unternehmen die Natur in Besitz nehmen dürfen. Diese Frage könnte im Falle der Pharmapatente größere Konsequenzen haben als beim Brokkoli. Während es beim Gemüse ums Prinzip, einige Unternehmen und Bauern geht, könnte ein Abkommen über Biopiraterie das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nachhaltig verändern.

Ein aktueller Fall ist der Rooibos, die Pflanze, die dem Tee eine gewisse Berühmtheit verdankt. Der Konzern Nestlé ließ sich Wirkstoffe zur Behandlung von Haut- und Haarkrankheiten patentieren. Rooibos wächst in den Bergen Südafrikas, seit Ewigkeiten nutzen die Menschen dort die Pflanze als Heilmittel, Kosmetik und zur Färbung der Haare. Die Entwicklungsorganisation „Erklärung von Bern“ wirft der Firma Nestlé vor, sie habe zur Verwendung der genetischen Ressourcen eine Bewilligung der süd-

afrikanischen Regierung benötigt. Nestlé beruft sich darauf, nur Forschungsergebnisse anhand importierter Ware patentiert zu haben.

Sicher ist nur: Wie beim Rooibos enthalten viele Organismen Inhaltsstoffe oder genetische Informationen, die Konzerne für Medikamente oder Biotechnik nutzen. Und ein Großteil dieser biologischen Vielfalt kommt nun mal aus Entwicklungsländern.

So selbstverständlich wie die Tatsache, dass sich Konzerne der Natur bedienen, um Kosmetika und Arzneimittel zu gewinnen, so absurd wirkt die Ökonomie dahinter: Pharma- und Kosmetikfirmen lassen sich uralte Verfahren patentieren, während die Naturvölker keinen Cent daran verdienen. Grundsätzlich können keine Pflanzen patentiert werden, sondern nur Wirkstoffe. Das heißt aber auch, dass sich Konzerne über eine Extraktionsmethode das alleinige Nutzungsrecht sichern können. Seit 18 Jahren ringen die Vereinten Nationen nun um eine Lösung in Form einer Biodiversitätskonvention (CBD). Herkunftsländer sollen einen Anspruch auf eine Gewinnteilung erhalten, wenn aus ihren Ressourcen Produkte werden. Im Oktober dieses Jahres soll im japanischen Nagoya ein Abkommen unterzeichnet werden.

Diese Woche kamen die Delegierten der Vertragsländer aus Montreal zurück – weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Teilnehmer berichten, dass erstmals ernsthaft verhandelt wurde. Und: Sie haben sich auf einen Vertragstext geeinigt. Doch die Skepsis bleibt groß: „Die entscheidenden Punkte sind immer noch nicht geklärt“, sagt Michael Frein, Experte beim Evangelischen Entwicklungsdienst.

Zum Beispiel der zeitliche Geltungsbereich: Viele Industrieländer wollen ein bestimmtes Datum, ab dem die neuen Regeln gelten sollen. Das würde einen immensen Ansturm auf die Naturprodukte bedeuten. Zudem wäre der Miss-

brauch alter Patente legalisiert. Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungsländer wollen als Stichtag stattdessen mindestens den 28. Dezember 1993, den Tag des Inkrafttretens der Biodiversitätskonvention. Entwicklungsländer wollen darüber hinaus, dass es ein Zertifikat gibt, bei dem der Nutzen eingeschränkt werden kann.

Sicher ist: Die Macht der Parteien könnte unterschiedlicher kaum sein. Sollte es zur Klage gegen die Regeln kommen, könnte ein amazonisches Naturvolk einem Pharmakonzern wie Roche gegenüberstehen. Geht es nach den Industrieländern, sollen Verstöße gegen das Patentrecht als Privatrecht eingestuft werden. Dann müssten sich sogenannte indigene Völker mit internationalen Anwälten, Verwaltungswegen und hohen Verfahrenskosten rumschlagen. Die Entwicklungsländer wollen deshalb ein einfaches Widerspruchsrecht für den Fall des Missbrauchs.

Deutschland hat einen speziellen Wunsch, den sie mit den Amerikanern teilen. Sie wollen Pathogene (Krankheitserreger) aus dem Abkommen heraushalten. Der Druck kommt aus dem Forschungsministerium und vor allem aus dem Gesundheitsministerium – obwohl das Umweltministerium federführend ist.

Es gibt allerdings kaum Leute, die darüber sprechen wollen, geschweige denn können – Biopiraterie ist in Deutschland ein Nischenthema. Dabei hat Deutschland dieses Jahr die CBD-Präsidentschaft inne. Doch unter den Hunderten Delegierten bei den Konferenzen heißt der einzige Vertreter der deutschen Regierung oft Jochen Flasbarth. Der war mal im Umweltministerium für Naturschutz zuständig. Jetzt leitet er das Umweltbundesamt und kümmert sich um Themen wie die Pkw-Maut.

Zuständig ist nun das Bundesamt für Naturschutz. Dabei geht es nicht nur um Naturschutz, sondern um Milliardenbeträge. Auch wenn niemand so genau weiß, wie hoch diese genau sind. Viele Delegierte arbeiten mit Zahlen von 1999: Damals betrug der jährliche Umsatz für Produkte aus genetischen Res-

sourcen 500 bis 800 Mrd. Dollar. Der Preis dürfte mittlerweile um ein Vielfaches gestiegen sein.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen-Esser, ist eine der wenigen, die sich äußert: „Es darf nicht sein, dass sich unsere afrikanischen Partner und deren indigene und lokale Bevölkerungsgruppen jahrelang für den Schutz ihrer biologischen Vielfalt engagieren, keinerlei Ausgleichsleistungen dafür erhalten und noch nicht einmal bei den Gewinnen beteiligt werden, die bei der Nutzung dieser Ressourcen entstehen.“

Die Hardliner sind die USA. Sie

haben als eines der wenigen Länder die Konvention nicht ratifiziert. Selbst der Irak ist seit Oktober 2009 Vertragspartner. Die USA haben als Beobachter den gleichen Status wie

Nichtregierungsorganisationen. Kanada dient ihnen aber als Sprachrohr und blockiert alle wichtigen Punkte. Die EU ist zerstritten: Großbritannien und Frankreich sind gegen das Protokoll, Schweden und Deutschland dafür.

Die wichtigste Rolle kommt naturgemäß den Entwicklungsländern zu. Michael Frein vom Evangelischen Entwick-

lungsdienst ist der Ansicht, dass sie in den vergangenen Jahren ihre Positionen immer weiter verbessern konnten: „Die Entwicklungsländer werden ihre Zusammenarbeit bei der Umweltpolitik klar davon abhängig machen, ob bei dem Abkommen eine Einigung in ihrem Sinne gelingt.“